



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Preußen und die Revolution.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Prußien und die Revolution.

Die Revolution hat einen großen Sieg davon getragen; einen Sieg, der mehr durch die Haltlosigkeit ihrer Gegner, als durch ihre eigene Kraft herbeigeführt zu sein scheint. Das preußische Gouvernement, d. h. das neue, liberale Ministerium, hat es versucht, ihr einen Damm entgegen zu setzen; es hat grand jeu gespielt, und hat verloren.

Das Ministerium Camphausen hatte die besten Chancen. Es war in sich einig; die Männer, die es bildeten, hatten keine Vergangenheit gegen sich, sie konnten sich entschieden an die Spitze der liberalen Partei stellen, deren vorzüglichste Vertreter sie auf dem vorjährigen Landtage gewesen waren; sie konnten die Sache der Ordnung und des Rechts dadurch aufrecht halten, daß sie die wahren Principien der Revolution, die Principien der Freiheit zu den ihrigen machten, und auf gefählichem Wege realisirten.

Es stand ihnen kein wesentliches Hinderniß im Wege. Der König hatte sich aller directen Einnischung in die Geschäfte begeben und seine ganze Verantwortlichkeit auf das neue Ministerium übertragen; die alte bureaukratische Partei, an ihrer Spitze der Graf v. Arnim, der durch seine hochherzige Erklärung bei Eröffnung des vereinigten Landtags die Vergangenheit völlig ausgelöscht hat, hatte ihnen eine energische und aufrichtige Unterstützung zugesagt, und sie konnten mit leichter Mühe alle Männer, die Freiheit wollten, aber auch das Recht, um sich schaaren, und mit kräftiger Hand die Freiheit herstellen, die Anarchie unterdrücken.

Das Ministerium fing mit einigen Ungeschicklichkeiten an. Es stieß die Männer, die aus verschiedenen Gegenden des Reichs — aus Cöln, aus Breslau, an sie abgeordnet waren, vor den Kopf, indem es, statt ihnen unmittelbare Zusicherungen zu geben, im Allgemeinen Vertrauen von ihnen verlangte. Es zögerte mit einem demokratischen Programm, es zögerte sogar, der factisch bereits auf's Vollständigste ausgebeuteten Press- und Associationsfreiheit legale Geltung zu geben. Es überließ die Initiative des Liberalismus, ganz wie das vorige Ministerium, der radicalen Partei. In revolutionären Zeiten hält sich aber, wie Graf Arnim ganz richtig bemerkt hat, nur diejenige Regierung, die den Forderungen des Volkes voraus ist.

Worauf wartete die Regierung eigentlich? Wie sie sagte, auf das gesetzliche Organ des Landes, den Vereinigten Landtag. Sie wollte nicht aus absoluter Machtvollkommenheit die Freiheit geben. Sie vergaß, daß in aufgeregten Zeiten die Stände nur in so weit gelten, als sie die Stimme des Volks, d. h. der Entschiedenen im Volke, für sich haben; sie vergaß, daß ihre eigne Existenz nicht auf dem Rechtsboden, sondern auf einem Vulkan ruhe, den die Revolution, den der Barrikadenkampf aufgeworfen. Sie vergaß, daß die Stände, welche dem absoluten Königthum gegenüber die Freiheit vertreten hatten, im Verhältniß zu der neuen Zeit nur die Reaction sein konnten. Sie hatte die Geschichte der französischen Revolution nicht gelesen, oder sie hatte vergessen, daß die Parlamentsräthe, die gegen die Autokratie des Hofes die wüthendste Opposition gemacht, in der demokratischen Versammlung die extremsten Reactionärs waren. Die Vertreter der Privilegien werden gegen den absoluten Staat ebenso energisch auftreten, als gegen die Souveränität des Volkes. Ich will Herrn v. Vincke nicht mit d'Espremenil vergleichen, aber in ihrer Situation ist doch eine gewisse Verwandtschaft.

Was sollte der Landtag eigentlich? Die alte, gestürzte Partei beschwichtigen? Das konnte er nicht, denn für diese war er immer noch zu liberal; das durfte er auch nicht, denn eine Einigkeit mit der alten verrätherischen Partei wäre ein Verrath an der Sache gewesen, die allein die neue Regierung aufrecht hielt. Die conservativ-constitutionelle Partei wollte Ordnung, Gesetz, gemäßigte Freiheit; wenn das Gouvernement diese selbstständig geben konnte, so wäre die Partei zufrieden gewesen, mit oder ohne Landtag. Die Radikalen dagegen denuncirten bereits die Möglichkeit dieses Landtags als einen Verrath; das Volk war in Gährung, und der Landtag konnte dieser nur neuen Stoff geben, nicht sie beschwichtigen.

Noch einmal also, was sollte der Landtag? Die Regierung stützen, er, dessen Grundvesten vollkommen aufgelöst und zerbröckelt waren, der sich selbst das Todesurtheil sprechen mußte? Wollte die Regierung demokratische Einrichtungen hervorrufen, so konnte sie es ohne ihn, denn das Volk stützte sie; wollte sie es nicht, so konnte er ihr nichts helfen, denn wenn er sie unterstützte, so klagte man beide an, wenn er ihr opponirte, so war ihr wieder die Initiative geraubt, und sie mußte Concessionen machen, anstatt zu führen. Ist es nicht, beiläufig, eine Schmach für Männer wie Hansemann, Camphausen, Auerwald, daß dieser alte Landtag in wichtigen Punkten in die Gesetzworschläge des Gouvernements eine Modification in liberalem Sinn eintreten lassen zu müssen glaubte?

Und vor Allem: durch diesen Aufschub gingen einige kostbare Tage verloren, die bei der herrschenden Stimmung nothwendig der Revolution zu Gute kommen mußten.

Wie dem auch sei, die Regierung glaubte einmal, den einberufenen Landtag auch abhalten zu müssen. Noch jetzt hätte sie ihn halten können, wenn sie ihn

ausdrücklich darauf beschränkt hätte, das neue Wahlgesetz, so wie die Garantie des Press-, Associations- und Wehrrechts zu übernehmen. Es ist zwar eine sonderbare Garantie, die man von einem banquerouten Institut verlangt, aber es sei! Wir Deutschen lieben das Gründliche, und man hätte sich ausgesöhnt, wenn die Wirksamkeit des anciens régime dabei stehen geblieben wäre.

Inzwischen hatte die Frankfurter Versammlung stattgefunden. Eine Versammlung, die sich selbst gewählt hatte, die also einen entschieden revolutionären Charakter an sich trug, hatte die Reorganisation des deutschen Reichs zum Gegenstand ihrer Berathung gemacht. Die in Frankfurt versammelten Repräsentanten der deutschen Regierung nahmen Notiz von ihr und legalisirten sie bis zu einem gewissen Grade. Mit Recht, denn es waren Männer von politischem Ruf, die in einzelnen Theilen des Vaterlandes großes Gewicht hatten, und was mehr ist, sie waren in bedeutender Mehrzahl den Annahmen der prononcirten Revolution, der anarchischen Partei unter Hecker und Struve mit Entschiedenheit entgegengetreten. Sie votirten einen Wahlmodus und legten ihn als Willen des Volkes dem auf ihr Veranlassen epurirten Bundestag vor. Sie wählten ein revolutionäres Comité de surveillance, das im Falle eines Widerstandes von Seiten des Bundestages in ganz Deutschland die Lärmglocke schlagen sollte.

Was that unter diesen Umständen die preußische Regierung? — Sie, die überweise, superkluge Erbin der alten königl. preuß. Bureaokratie, sie dachte nicht daran, gleichfalls „Männer des öffentlichen Vertrauens“ hinzuschicken! Sie dachte nicht daran, augenblicklich die Stadträthe, die Kreistage u. s. w. zu einer provisorischen Wahl zu veranlassen! Sie wiegte sich auf gut Berlinisch in den allgemeinen, inhaltlosen Traum der preußischen Hegemonie ein, und ließ es zu, daß Preußen durch einige radikale Rheinländer und durch Männer vertreten wurde, die, wie große Hochachtung sie sonst verdienen, in den ständischen Interessen Preußens bisher ganz und gar nicht betheiligt waren. Männer wie Jacoby und Simon hätten in einer Reihe anderer Repräsentanten ihrem Vaterlande die höchste Ehre gemacht; aber als alleinige Vertreter des ganzen Altpreußens waren sie dann doch eine etwas anomale Erscheinung.

Genug, das Factum lag vor; die preußische Regierung konnte nichts eiligeres thun, als dafür sorgen, daß in dem neuen deutschen Parlament durch schnelle, gehörig geleitete Wahlen das preußische Volk seine echten und würdigen Vertreter finde.

Was thun die Vertreter Preußens am Bundestag mit sammt den übrigen faulen Gliedern dieses antiquirten Instituts? Sie nehmen nicht den ihnen von dem „Vorparlament“ vorgelegten Entwurf des Wahlmodus an, sondern sie schmiegen einen andern ein, den sie einen Tag vor der Eröffnung der Frankfurter Versammlung, also mit prämeditirter Nichtachtung der etwaigen Bestimmungen derselben sich ausgedacht, aber nicht veröffentlicht hatten. Er enthält ein anderes numerisches Verhältniß, eine andere Wahlart; sie überlassen es den einzelnen

Staaten, auf ihre Wünsche die Wahl anzuordnen. Sie hatten nicht den Muth, ihre Ansicht über das „Vorparlament“ zu erklären: sie hätte seine Beschlüsse entweder adoptiren, oder cassiren müssen, denn daß sie da waren, konnten sie nicht mehr nach alt diplomatischem Styl übersehen. Sie wählten, wie es die Halbheit immer thut, den gefährlichsten Ausweg: sie dachten die Sache im Stillen zu vertuschen, sie dachten ohne offene Erklärung die einzelnen Staaten eben so zu einem fait accompli zu veranlassen, wie es von dem „Vorparlament“ ausgegangen war. Der Fünfziger Ausschuß ist nicht so zaghaft; sobald er von diesen Intriguen unterrichtet wird, rückt er sofort dem Bundestag auf den Pelz und droht, und der Bundestag murmelt ein Pater peccavi, und befehlt den Staaten, den von dem „Vorparlament“ ausgeschriebenen Wahlmodus zu befolgen; er compromittirt nicht nur sich selbst, — daran war nicht mehr viel gelegen — sondern auch die Regierungen, die seinem ersten Gebot gefolgt waren.

O ihr Fürsten, Minister u. s. w.! nicht die Radikalen machen die Revolution, nicht sie bauen die Republik! ihr selbst beschwört sie herauf, indem ihr durch eure Halbheit und Rathlosigkeit euch unmöglich macht.

Was thut mittlerweile die preussische Regierung, sie, die im vorigen Jahr als Vertreter des extremsten Liberalismus sich gebärdet hatte? Sie überträgt die Wahlen dem alten Landtag, der auch nicht einen Schein von Recht hatte, in dieser Sache zu wählen; den alten privilegierten Provinzialständen, die alles Vertrauen im Volk verloren hatten. Die Stände sind selber bestürzt; aber sie sehen ein, daß eine Weigerung ihrerseits den Sturz des Ministeriums, das sie schützen sollten, nach sich ziehen müßte, sie wagen also zu Gunsten dieses Ministeriums eine Usurpation der schlimmsten Art, sie vollziehen die Wahlen.

Diese Wahlen fielen — so weit sie bekannt sind — so aus, daß die Deputirten das alte, rechtlich zu Grabe getragene, specifische Preußenthum vertreten hätten. Man hatte die Kühnheit gehabt, Männer, wie Stahl und Keller, die Doctrinärs des Systems, auf dem der Fluch der ganzen Nation lastet, zu wählen.

Ich nannte diesen Entschluß der Minister vor einer Woche eine Bundestagsraferie; denn er gab nicht nur den Radikalen neuen Stoff, er mußte auch die Freunde des Rechts und der Freiheit zweifelhaft machen. Wenn sich das gesammte Volk nicht schnell erhob und laut protestirte, so geschah es nur, um die letzte Regierung, auf die man seine Hoffnung setzte, zu schonen. Ich glaubte, die Regierung werfe der Revolution den Handschuh hin und wolle die ganze conservativ-constitutionelle Partei um sich schaaren, um — vielleicht im Einverständniß mit den andern liberalen Regierungen — die Decrete der Frankfurter Versammlung zu annulliren. Ein gefährlicher Schritt, aber es war doch irgend eine Tendenz. Aber ich war allerdings nicht darauf gefaßt, daß diese Regierung ohne allen Plan gehandelt haben würde. Ich war nicht darauf gefaßt, daß sie in kindischem Leichtsinne — der unter diesen Umständen ein Verrath an der Nation

ist — ohne sich selbst oder die verbündeten Staaten irgend über ihre Ansicht aufzuklären, mit jener gefährlichen Waffe bloß gespielt haben würde. Und doch ist es so. Nachdem die Wahlen vollzogen, erklärt sie plötzlich heiter und gemüthlich ihren getreuen Ständen: es ist brav von euch, daß ihr gehorsam seid; aber wir haben andere Nachrichten vom Bundestag (in dem doch wohl die Vertreter Preußens auch eine Stimme gehabt haben werden!), die Sache ist nun ungeseglich, wir kassiren daher die Wahlen und werden nächstens neue anordnen.

Und nachdem sie auf diese Weise dem alten Institut den letzten Gnadenstoß versetzt, nachdem sie es erst vor den Augen der Nation auf das schrecklichste compromittirt, dann, nachdem es sich für sie geopfert, desavouirt hat — nach dieser Einleitung nimmt sie von ihm ein Vertrauensvotum in Anspruch! ein Vertrauensvotum in Geldangelegenheiten! Und der Landtag, moralisch völlig vernichtet, gibt sich auch dazu her, um nur einmal fertig zu werden, um einmal nach Hause gehn zu können.

Es ist der schlimmste Stoß, den die constitutionelle Sache bisher erlitten hat; ein Stoß, von dem sich Preußen als solches kaum erheben kann. Die Wahlen, die unter diesen Umständen vollzogen werden, werden gewiß keine Deputirte hervorbringen, die für den preussischen Staat noch einiges Interesse haben. Es mag so gut sein! Obgleich ich gestehen muß, daß unter den gegenwärtigen Umständen der Banquerout des preussischen Staates mir auch für Deutschland gefährlich erscheint. In einem Augenblick, wo drei Feinde zugleich drohen, läßt sich das Gouvernement die Zügel aus den Händen reißen, und übergibt sie einer demokratischen Versammlung, die man noch gar nicht übersehen kann.

Aber wir wollen darum den Muth nicht verlieren. Es kommt nur darauf an, diese Demokratie so fest als möglich zu consolidiren, ihr so viel conservative, d. h. liberale Elemente, denn beides ist jetzt identisch, zuzuführen als möglich. Die Wahlen sind jetzt der Schauplatz der Entscheidung.

Den 12. April.

Julian Schmidt.

### N a c h t r a g.

Bei dem wunderbaren Drange der Ereignisse muß man erwarten, seine eigenen Ansichten in jedem Augenblick widerlegt zu sehen. So eben erscheint das neue preussische Wahlgesetz und der stenographische Bericht über die letzte Sitzung des vereinigten Landtages. Da gleichzeitig das sächsische Wahlgesetz herausgegeben wurde, hoffte ich einen gemeinsamen Plan der beiden Regierungen. Leider finde ich nach näherer Einsicht keine Veranlassung, die in dem Aufsatz selbst ausgedrückte Meinung aufzugeben. Die Rede des Freiherrn v. Vincke appellirt an den preussischen Patriotismus, sie athmet die ganze Kraft des ausgezeichneten Mannes, und man darf sich über den Jubel, der ihr folgte, nicht wundern; aber sie thut

dem Verstand nicht Genüge. Der Redner läßt seine eigenen Einwürfe auf die oberflächlichste Art widerlegen, um nur einen guten Schluß zu haben. Der Landtag spricht sein volles Vertrauen aus, er cassirt seine Wahlen mit noch größerer Leichtigkeit als er sie vollzogen hat; aber in dieser Einigkeit ist eben so viel Ermüdung als Enthufiasmus. Ein solches Vertrauens-Votum hat nicht viel zu bedeuten.

Gegen das Wahlgesetz an sich ist nichts einzuwenden; es ist im Wesentlichen das alte, auf die preussische Constituante berechnet. Aber man fällt aus den Wolken, wenn man den 10. Mai als den Wahltermin angesetzt findet! Ist es möglich, nach einem solchen Act der Unterwerfung noch Clauseln! Wenn die preussischen Abgeordneten — etwa den 15. Mai in Frankfurt erscheinen, ist vielleicht das neue Deutschland in der Hauptsache bereits fertig, und Preußen hat dann als fremdes Glied um Aufnahme zu bitten.

Es sind noch die Reste des alten bureaukratischen Schlendrians, es ist noch die alte Passivität, die einen solchen Aufschub veranlaßte. Wir beherzigen sehr wohl die Worte des Freiherrn v. Vincke: wer soll die jetzigen Minister ersetzen, wenn sie durch die Unzufriedenheit der Nation gestürzt werden. Aber eine Thorheit nach der andern ist doch zu viel! In unsern Tagen sind 14 Tage Aufschub ein Jahrhundert!

Man wende nicht die Kürze der Zeit ein! In einem Tage konnte das Wahlmandat gedruckt, in drei Tagen in alle Theile der Monarchie verbreitet sein; in wieder drei Tagen konnten die Urwahlen an allen Orten gleichzeitig beendigt, in zusammen neun Tagen die ganze Wahl geschlossen sein. Natürlich nicht auf dem Wege der legitimen preussischen Altkensmiererei.

Es läßt sich erwarten, daß in zwei bis drei Tagen von Seiten des Bundestags ein Befehl an Preußen ergeht, rascher fertig zu sein. Die Herren Minister werden sich mit Grazie und Heiterkeit diesem Befehle fügen; sie werden thun, als wäre nichts geschehen; und sagen: ein kleines Mißverständnis!

Eine solche Mischung von Vorschnelligkeit und Unentschlossenheit im Augenblicke, wo nur der Entschiedene sich halten kann, ist mir noch nicht vorgekommen. Alle Gutgesinnten werden einig sein, das Ministerium zu unterstützen, denn es ist kein anderes möglich, aber mit welchem Vertrauen!

Die Minister hätten viel gut gemacht, wenn sie bei der Rücknahme ihrer Landesrechte wenigstens offen ihren politischen Mißgriff eingestanden, wenn sie offen erklärt hätten, entweder, sich der neuen Idee zu fügen, oder, zurückzutreten, und die Geschäfte nur provisorisch zu führen, bis sie der in 14 Tagen zu berufenden Nationalversammlung die Verantwortlichkeit übertragen konnten. Daß sie diesen innern Bruch ihrer politischen Ueberzeugung nicht gefühlt und offen anerkannt haben, spricht von einem Mangel an sittlicher Energie, der uns fürchten läßt, jene politischen Mißgriffe werden nicht die letzten sein.